

Interview D-I4 – NGO (Umwelt)

- 1 **Interviewer:** Zunächst würde ich Sie gerne fragen, was Sie als Ihren inhaltlichen Aufgabenbereich in Ihrer Funktion *[hier bei der NGO]* definieren würden? 00:01:32-5
- 2 **Befragte/r:** Ich bin seit vielen Jahren *[Mitglied]* dieser *[NGO]*. Ich habe die *[NGO]* Anfang der 80er Jahre mit aufgebaut. Wir hatten schon ab 1983 die ersten Stellungnahmen zu schreiben in Beteiligungsverfahren zu Planverfahren. Das erstreckte sich auf die klassischen Fachplanungen, wie Straßenbau, wie Gewässerumbau, aber auch auf Bebauungspläne. Die Stadt Dortmund hat uns quasi wie einen Träger öffentlicher Belange behandelt und uns auch an der Bauleitplanung beteiligt. Das ist eigentlich vom Gesetz her – Bundesnaturschutzgesetz – nicht vorgesehen oder nicht notwendig. Aber das haben wir dann genutzt, um uns auch mit Stellungnahmen aus Umweltsicht in die Stadt- und Landschaftsplanung einzumischen. 00:02:37-5
- 3 **Interviewer:** Ich hatte eingangs erwähnt, dass ich zunächst eine kurze Filterfrage zu den Instrumenten stellen möchte. Sie könnten kurz erläutern, wie ihre Betroffenheit durch das Instrument bzw. den Planungsprozess, die ich jetzt im Folgenden nennen werde, aussah bzw. wie Ihre Mitwirkung daran war? Das erste Instrument, das ist vielleicht das einfachste, wäre der Bebauungsplan zum ZOB. 00:03:08-7
- 4 **Befragte/r:** Ja, wir sind, wie ich eben sagte, über die Beteiligung des Stadtplanungsamtes angeschrieben worden. Wir haben die Planunterlagen zugesandt bekommen und haben diese dann gesichtet. Wir haben geschaut, welche Auswirkungen die Planung in diesem Fall sowohl auf das Grün, sprich auf die Grünversorgung in dem Bereich, aber auch auf den Aspekt der Emissionsschadstoffbelastung in diesem Raum hat. Der Anlass war also die vorgezogene Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an diesem Bebauungsplan, der diesen Bereich des Bahnhofs umfasst. 00:04:02-0
- 5 **Interviewer:** Am Integrierten Handlungskonzept, das war der Programmantrag zur sozialen Stadt, waren Sie da auch in irgendeiner Art und Weise beteiligt? 00:04:11-3
- 6 **Befragte/r:** Nein. Wie gesagt, die Beteiligung seitens der Stadt Dortmund erfolgt im Wesentlichen über die Beteiligung an der Bauleitplanung, also inklusive natürlich des Flächennutzungsplans. Aber dann auch teilweise an Fachplanungen. Mir fällt beispielsweise dazu der damalige Umweltplan ein, der aufgestellt wurde im Vorgriff auf den Flächennutzungsplan. Das war Anfang 2000. Und das zweite was mir einfällt, sind Pläne wie der Nahverkehrsplan. Also das sind dann sozusagen Dinge, die schon etwas komplexer sind. Aber an sozialen Prozessen werden wir nicht beteiligt. 00:05:08-0
- 7 **Interviewer:** Dann können wir die anderen beiden Instrumente vielleicht auch abkürzen. Das Integrierte Stadtbezirksentwicklungskonzept zur Nordstadt; ich weiß, dass da Bezüge drin sind in der Stellungnahme zum ZOB. Waren Sie da in irgendeiner Form beteiligt? 00:05:28-3
- 8 **Befragte/r:** Ja, durchaus. Und zwar einerseits über die öffentlichen Bürgerversammlungen, die es dort ja auch gab. Und vielleicht muss man das noch erwähnen; die Naturschutzverbände sind mit Vertretern ja im Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde vertreten und dort sind die entsprechenden Vorlagen, die ja auch durch die Bezirksvertretungen und den Rat gingen, dann auch vorgestellt worden. Und wir haben zu allen InSEKts letztlich auch Stellung genommen. Wenn ich mich recht erinnere, war das dann eher bezogen auf die Stadtbezirke im Außenbereich, wo auch mehr Landschaft betroffen ist. 00:06:14-8
- 9 **Interviewer:** Gut. Der Masterplan Einzelhandel, auch eine Fachplanung; waren Sie da irgendwie involviert? 00:06:26-0

- 10 **Befragte/r:** Nein, das war ein Fachplan, da sind wir nicht beteiligt worden, jedenfalls nicht aktiv beteiligt worden. Obwohl dort auch Umweltaspekte eine Rolle spielen. Und wir haben uns in anderen Stadtbezirken durchaus auch mit Einzelaspekten aus diesem Masterplan beschäftigt. Aber als übergreifendes Planwerk haben wir uns damit nicht konkret beschäftigt. 00:07:03-1
- 11 **Interviewer:** Gut, dann würde ich mich in diesem Interview auf die Bauleitplanung, also insbesondere auf dieses Beispiel des Bebauungsplans am ZOB beschränken. Vielleicht kann man auch ein paar Querbezüge zum InSEkt der Nordstadt aufbauen. Aber hauptsächlich würde ich eben auf den Bebauungsplan eingehen wollen. In der Folge würde ich das Interview so strukturieren, dass ich auf die einzelnen Bausteine des Setting-Ansatzes eingehe. Dafür ist es nicht notwendig, dass Sie den Setting-Ansatz näher durchdrungen haben. Ich würde Sie als erstes gerne fragen; wenn Sie an Ihren Aufgabenbereich denken, würden Sie dann sagen, dass Sie gut in der Lage sind, an gesundheitsfördernden Strukturen, und damit meine ich die überindividuelle Ebene, also die Verhältnisse, mitzuwirken und diese zu gestalten? 00:08:01-6
- 12 **Befragte/r:** Theoretisch in einem gewissen Umfang ja. Und wir müssen jetzt Theorie und Praxis ein wenig unterscheiden. Ich sagte ja bereits, dass uns die Stadt Dortmund an der Bauleitplanung beteiligt, insofern die Möglichkeit eröffnet, dass wir uns äußern. Das könnten wir natürlich auch als nicht direkt Beteiligte, indem wir uns von uns aus die Pläne anschauen - heutzutage kein Problem mehr über die digitalen Zugänge - und uns dann äußern. Wir äußern uns im Rahmen der Bauleitplanung häufig zu Bebauungsplänen, wir müssen aber auch feststellen, dass die Berücksichtigung dessen, was wir einbringen, nur recht rudimentär ist. Unsere Erfahrung ist, dass wir, wenn wir beispielsweise einen Bebauungsplan in der freien Landschaft haben, keine grundsätzlichen Veränderungen erreichen. Verzicht ohnehin nicht, aber auch kaum Reduzierungen der Baufläche, sondern allenfalls in der Grüngestaltung. Man spricht auch von ein bisschen Petersilie, die dann da eine Rolle spielt. Das heißt also, wenn ich jetzt die Wirkung unserer Stellungnahmen auf die Planung sehe, dann ist die äußerst gering. 00:09:45-0
- 13 **Interviewer:** Das ist schon mal interessant. Wenn ich jetzt konkret den Bebauungsplan zum ZOB anspreche. Das ist ja eine Planung im Bestand. Inwiefern glauben Sie, dass dieses Instrument bzw. der Planungsprozess in diesem konkreten Anwendungsfall geeignet oder eben nicht geeignet war, dort an der Stelle gesundheitsfördernde Strukturen zu schaffen? 00:10:16-2
- 14 **Befragte/r:** Wir haben ja für diesen Bereich nördlich des Hauptbahnhofs, am Nordausgang, schon vor langer Zeit, das liegt bestimmt 10 - 15 Jahre zurück, entsprechende Luftgüteuntersuchungen gehabt. Das war eine Luftgüteuntersuchung anhand von Flechtenkartierungen. Die hat uns damals gezeigt, das ist bestimmt 20 Jahre her, dass ein Aufschrei durch die Planungspolitiker im Rat ging. In der Darstellung war das damals ein Dunkelrot. Und Dunkelrot stand für besonders schlechte Luftqualität. In dem Fall gab es besonders wenig Flechten, was eben die Luftqualität anzeigte. Und da wurde gesagt, dieser rote Fleck muss weg. Ein Ratsvertreter hat das damals kundgetan. Und daran erinnerte ich mich als wir diesen Bebauungsplan vorgelegt bekamen. Damals war überhaupt noch nicht die Rede von Feinstäuben, von Stickstoffdioxid und Ähnlichem. Diese EU-Richtlinie kam ja erst danach. Aber da war ich doch einigermaßen erschrocken, wie wenig dieser Belang der Gesundheit der Nordstadtbewohner und natürlich der Umwelt sich wiederfand. Es handelt sich nicht um einen Bereich, der von einer Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten besiedelt war, sondern den wir eher unter dem Aspekt der Luft- und Aufenthaltsqualität gesehen haben. Als ich das dann gesehen habe, habe ich schon etwas resigniert, weil der Grund für diese Belegung mit dem Omnibusbahnhof ja der geplante Bau des Fußballmuseums war. Und ich glaube, wenn man diese Dinge gegeneinanderstellt und das dann auch noch die Nordstadt am Rand betrifft, hat derjenige, der diese Belange einbringt, wenig Chancen sich gegen dieses große Projekt, wo sich ja auch viele Kommunen beworben haben, zu wehren. Insofern hatten wir vielleicht ein wenig die Hoffnung, dass es einen Alternativstandort geben könnte. Aber diese Alternativen waren wohl nicht kurzfristig realisierbar. Deswegen hat man den einfacheren Weg gewählt und hat diese Fläche beansprucht. 00:13:07-3
- 15 **Interviewer:** Sie sprechen dieses eine große Projekt des Fußballmuseums an. Glauben Sie, dass es darüber hinaus noch andere fördernde oder hemmende Faktoren gab, die zu dieser Entschei-

dung geführt haben? 00:13:22-6

- 16 **Befragte/r:** Ich würde mal sagen, dass das der Hauptaspekt war. Hemmende Faktoren kann ich nicht erkennen, weil es letztendlich ja durchgezogen wurde. Wir haben ja an sich auch gute Argumente eingebracht. Die rührten daher, da wir eine Messstation des Landesumweltamtes an der Steinstraße hatten und haben. Deshalb waren wir auch gar nicht so sehr nur auf Simulationsmesswerte angewiesen. Wir hatten also eigentlich genug Argumente dagegen. Aber insofern wurde das nicht in die Waagschale geworfen. Es wurde ja auch gesagt, dass man das als Provisorium betrachtet und dass man nochmal schaut, ob man im Bereich der Post Flächen findet. Aber die waren kurzfristig nicht zu realisieren. Da bin ich gespannt. Ich schau auch so ein wenig auf die Kostenfrage, auf die Finanzierung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man diesen Omnibusbahnhof künftig nochmal verlagert. 00:14:55-7
- 17 **Interviewer:** Sie haben ein schönes Bild benutzt; Argumente, die nicht in die Waagschale geworfen wurden. Ich beziehe das mal ein wenig auf die planerische Abwägung. Ich habe mir ja die Argumente Ihrer [NGO] relativ genau angeschaut. Objektiv messbare Faktoren, wie Lärm und Luftgüte wurden in der Begründung zum Bebauungsplan sehr dezidiert behandelt. Wie sieht es aber mit anderen Belangen aus, die nicht so objektiv an Grenzwerten festgemacht werden können. Ich bin zwar kein Experte in dem Bereich, beziehe mich aber mal auf das Thema Hitze. Das wird von Ihnen benannt als Faktor, der berücksichtigt werden sollte. Man muss es auch nicht nur auf Umweltfaktoren beziehen, sondern auch Themen wie Image, Ästhetik oder Angsträume, die entstehen können, seien genannt. Diese sind auch weniger objektiv messbar. Würden Sie sagen, dass diese Faktoren weniger Eingang in die Abwägung gefunden haben? 00:16:14-0
- 18 **Befragte/r:** Naja, ich hab ja eben schon gesagt, dass selbst die objektiv messbaren Faktoren, sprich die Luftqualität, messbar an Feinstaubbelastung und an Stickstoffdioxidbelastung, nicht Eingang gefunden haben. Also selbst die sind nicht eingegangen. Schon gar nicht die nicht messbaren Faktoren. Und ich würde sogar weitergehen und sagen, die sozialen Aspekte sind hier gar nicht berücksichtigt worden. Ich will jetzt nicht generell sprechen, in der Uhlandstraße sind sicherlich auch viele Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt worden. Ich will also nicht sagen, dass dort nur Unterprivilegierte wohnen. Aber die Nordstadt ist ja jedenfalls nicht dafür bekannt, dass sie eine besonders große Lobby hat. Oder die Anwohner dort. Und die Tatsache, dass es viele Projekte gibt, nicht nur URBAN-2, sondern auch aktuell zum Beispiel das Quartiersmanagement, zeigt ja, dass man nicht nur unter dem Aspekt der Umwelt, sondern insbesondere der sozialen Probleme auch dort eigentlich hätte aufmerksamer sein müssen. Ich glaube, um nochmal auf das Thema Klimaanpassung zu sprechen zu kommen, dass dieser Aspekt eigentlich im Moment überhaupt noch nicht real berücksichtigt wird in der Stadt Dortmund. Wir haben andere Kommunen, wo das anders gemacht wird. Aber ich glaube, in Dortmund wird das nicht berücksichtigt. Wir haben das Handbuch Stadtklima, das sogar noch Uhlenberg als Umweltminister in Gang gebracht hat. Da wird am Beispiel der Städte Bottrop und Dortmund das Ganze mal konkretisiert. Wir bringen das immer wieder in unsere Stellungnahmen ein, aber ich hab nicht den Eindruck, dass das berücksichtigt wird. 00:18:15-0
- 19 **Interviewer:** Also würden Sie sagen, dass das auch über die Ebene dieses einen Bebauungsplans am ZOB hinaus verallgemeinerbar ist? 00:18:21-4
- 20 **Befragte/r:** Ja. Ich will ein anderes Beispiel nennen. Sie haben das Thema Einzelhandel bzw. Masterplan Einzelhandel angesprochen. Ohne da jetzt ins Detail gehen zu wollen; hier wird eine Richtlinie oder Regel aufgestellt, jeder Bürger muss in so und so viel fußläufiger Entfernung einen Supermarkt haben. Einen Vollversorger, wie das heute so schön heißt. Das wird ja gar nicht mit den Bürgern besprochen. Hier wird sozusagen auf dem Reißbrett drüber gegangen und gesagt, die haben ihren Bedarf zu haben. Was die für einen Bedarf haben, das wir ja gar nicht ermittelt, zum Beispiel im Wege eines Interviews oder Workshops. Wenn man das Thema Partizipation nochmal anspricht, glaube ich, ist es auch ein Zeichen von mangelndem Willen, vielleicht sogar Angst der Politik und Planung, sich bei kritischen Themen direkt an die Bürgerschaft zu wenden. 00:19:29-7

- 21 **Interviewer:** Ich würde gerne kurz noch einen Punkt ansprechen, der auch in der Stellungnahme Ihrer [NGO] zum ZOB auftaucht. Das ist das Thema der Mehrfachbelastungen. Lärm, Luft, Hitze und darüber hinaus noch die sozialen Faktoren, also in einem benachteiligten Stadtviertel. Ich lese aus der Stellungnahme heraus, dass das auch weitestgehend unberücksichtigt blieb in dem konkreten Fall des ZOB. Würden Sie da auch sagen, dass das etwas Verallgemeinerbares ist? Das zwar die Belange teilweise für sich alleinstehend betrachtet werden, aber nicht in einer integrierten, kumulativen Sichtweise um Mehrfachbelastungen zu erkennen. 00:20:18-4
- 22 **Befragte/r:** Ja, das würde ich für viele Bereiche so sagen. Das ist aber nicht nur ein Problem der Stadtplanung. Das haben wir in anderen Bereichen auch. Ich muss immer ein wenig schmunzeln. Man hat ja dieses Wortungetüm 'Integrierte Stadtbezirkentwicklungskonzepte' gewählt, InSEkt abgekürzt. Da kann man sich ja schon Gedanken machen, ob dieses Wortungetüm nicht schon an sich eine Bürgerferne ausdrückt. Aber wenn ich da das Wort Integration lese, dann ist das mit diesen InSEKts nicht geschehen. Man hat verschiedene Belange und Bereiche zusammengefasst. Man hat verschiedene Masterpläne gemacht, für Einzelhandel, Umwelt und so weiter. Aber die Verknüpfung, die gegenseitigen Wechselwirkungen, die hat man hier meiner Ansicht nach nicht berücksichtigt. Es gibt hier Wechselwirkungen zwischen sozialer Umwelt und Gesundheit, um das mal zu nennen. Wir sehen das immer beim Einzelhandel. Wir haben zwei problematische Standorte, die wir bekämpfen. Das ist einmal in Kirchhörde ein Standort und in Dorstfeld. In Dorstfeld haben wir sogar eine öffentliche Förderung von über 150.000 Euro durch das Land gehabt, die beinhaltete, dass das Grün dort zu halten ist. Die Stadt hat ein Angebot bekommen von einem Discounter oder Supermarktbetreiber, der diese Fläche und keine andere nutzen möchte. Und nun droht eine Rückzahlung dieser Fördergelder. Selbst das schreckt die Stadt und Politik nicht ab. Da muss man sich dann fragen, wer hat eigentlich das Sagen in dieser Stadt? Sind es einzelne Investoren oder ist es der einzelne Bürger? 00:22:19-8
- 23 **Interviewer:** Sie haben grade neben anderen Planungen das InSEkt angesprochen. Da steht ja ein Leitbild für die Nordstadt drin, welches sehr dicht mit Zielen besetzt ist. Da werden auch die Umwelt- und Naturschutzbelange benannt. Auch die menschliche Gesundheit wird darin angesprochen. Wie würden Sie die Wirkung auf andere Pläne, also beispielsweise die Bauleitplanung, bewerten? 00:22:58-6
- 24 **Befragte/r:** Ja, es ist so, dass die InSEKts nun kein im BauGB vorgeschriebenes Instrumentarium sind. Man hat das überwiegend parallel mit dem Flächennutzungsplan von 2003/2004 behandelt und eingebracht. Dann hat man auch noch diverse Fachpläne, sprich Masterpläne, gemacht. Mein Eindruck ist, dass man hier nur Dinge zusammengefasst hat, man hat sie nochmal etwas strukturiert. Sie haben in diesem Sinne ja keine Rechtswirkung erlangt. Ich kann das nicht umfassend beurteilen. Mein Eindruck ist nur, dass die Ziele, die dort formuliert worden sind, doch sehr hehre Ziele waren und sind. Und sie sind meines Wissens auch keiner Evaluation unterworfen. Wenn ich Ziele formuliere, dann muss ich sie ja auch operationalisieren und ich muss irgendwann Bilanz ziehen. Und wir sind jetzt zehn Jahre nach den InSEKts. Hier sind Dinge umgesetzt worden, die auch im Flächennutzungsplan drinstehen, die in den Masterplänen drinstehen. Aber Ziele, die die Gesundheit betreffen, die kann ich jedenfalls in der Nordstadt nicht ohne weiteres erkennen. Wenn ich die Westfalenhütte als einen Bereich nennen darf. Da spielt natürlich der Eigentümer eine große Rolle, der ein berechtigtes Interesse hat, dass das möglichst gewinnbringend vermarktet wird. Wir hatten dort durch die Stadtplanung selbst im Flächennutzungsplan eine Grün-schneise zwischen Höschpark und Burkholz drin. Und die wurde dann plötzlich wieder zurückgenommen. Wir haben jetzt nur noch eine kleine Grünfuge entlang der Nordspange im Plan. Ich glaube, dass die Ziele, die Umweltqualität und Wohnqualität betreffen, in der Nordstadt speziell keine große Rolle spielen. Es sei denn, man sagt, dass die Ortsumgehung mit der Nordspange eine der Umwelt oder der Gesundheit dienende Maßnahme sei. Aber darüber kann man auch diskutieren. Ich bin jedenfalls der Meinung, dass in der Nordstadt wegen der anderen Problemlagen, Fragen der Gesundheit, des Wohnumfeldes und der Luftqualität, nicht die Rolle spielen. Da spielen die Dinge eine Rolle, die öffentlich immer kolportiert werden, wie hoher Migrationsanteil und andere Aspekte. 00:25:46-5
- 25 **Interviewer:** Um nochmal kurz auf den Bebauungsplan am ZOB zurückzukommen. Das war ja ein

Bebauungsplan der Innenentwicklung, also nach §13a des BauGB. Würden Sie da, vielleicht auch unabhängig des konkreten Anwendungsfalls in diesem Instrument Optimierungsbedarf sehen? Können Sie das einschätzen? Können Sie aus Ihrer fachlichen Sicht bewerten, ob da Optimierungspotenzial besteht? 00:26:23-9

- 26 **Befragte/r:** Ich bin kein Raumplaner und kein planungsrechtlich total versierter Mensch. Was ich nur sagen kann, ist, dass wir als [NGO] immer gesagt haben, Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung und das ist ja auch erstmal prinzipiell richtig. Wir haben den Freiraumschutz zu betrachten, wir haben das allgemeine Ziel im Baugesetzbuch sparsam mit Flächen umzugehen. Da sagten wir oder sagen vielleicht auch heute noch im Regelfall, Baulückenschließung oder Aufstockung der Geschossflächen ist besser. Wir erkennen aber mittlerweile, dass das nicht generell immer richtig ist. Ich bin da zu wenig involviert, aber mein Eindruck ist, dass sich auch das Baurecht oder das Bauplanungsrecht vielleicht noch nicht ausreichend darauf eingestellt hat, dass wir auch diese Flächen sehr, sehr sorgsam betrachten müssen und zwar vor dem Hintergrund des Gesagten; das wir hier richtig Probleme bekommen im gesundheitlichen Bereich. Grad die älteren Menschen, die kranken Menschen, sind von Hitze wesentlich stärker betroffen als andere. 00:27:48-7
- 27 **Interviewer:** Gut, ich würde jetzt gerne auf den zweiten Punkt des Setting-Ansatzes zu sprechen kommen. Das ist das, was mit den Begriffen Teilhabe bzw. Partizipation umschrieben ist. Ich würde Sie da eingangs gerne fragen, was Sie glauben, wie sehr Sie in Ihrem Tätigkeitsbereich in der Lage sind bzw. wie sehr es auch Ihre Aufgabe ist, Teilhabe von betroffenen Bürgern zu befördern? 00:28:16-9
- 28 **Befragte/r:** Also da muss man differenzieren. Wir haben häufig Kontakte zu Bürgerinitiativen, die wir im Regelfall gar nicht selbst aktiv kontaktieren, sondern die auf uns zukommen. Die uns als [NGO] mit gewisser Kompetenz fragen, 'Was können wir denn tun?' Einerseits; 'Könnt ihr uns vom Verfahren her fitmachen? Wo können wir eingreifen? Wo können wir uns beteiligen?' Aber andererseits auch; 'Wo könnt ihr uns inhaltlich mit Fakten unterstützen?' Das passiert durchaus gar nicht so selten. Wenn ich jetzt auf die Nordstadt schaue, dann haben wir mit Ausnahme dieses Projekts ZOB diese Erfahrung nicht so gemacht. Aber das liegt auch daran, dass wir in diesem Bereich wenig neue Bebauungspläne haben. Insofern waren wir dann doch erfreut, dass unsere Stellungnahme, die dann auch in der Presse stand, doch zu etlichen Reaktionen geführt hat. Wir machen die Stellungnahmen dann auch immer öffentlich, ansonsten würde sie nur im Amt abgeheftet. 00:29:44-6
- 29 **Interviewer:** Wenn Sie diesen Beteiligungsprozess zum ZOB nochmal Revue passieren lassen, wie würden Sie den dann bewerten? 00:29:52-7
- 30 **Befragte/r:** Ja. Das Grundproblem ist, dass die Vorfestlegungen stattgefunden hatten mit dem Bau des Fußballmuseums und der vermeintlichen Verfügbarkeit der Flächen nördlich des Hauptbahnhofs. Ich glaube, die zeitliche Abfolge von der Aufstellung des Bebauungsplans bis hin zur Realisierung war in so einem kurzen Zeitraum, dass es kaum möglich war, eine breitere Bewegung zu aktivieren, Bürgerschaft zu aktivieren, die das dann möglicherweise hätte aufhalten können. Es ist ja so gewesen; die Entscheidung für das Deutsche Fußballmuseum ist ja verständlicherweise vorher getroffen worden und es ist meines Wissens auch in der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord diskutiert worden, bevor der Bebauungsplan aufgestellt wurde, ob man diese Fläche eigentlich für den Omnibusbahnhof nutzen kann. Das heißt, hier sind zwar vorher schon politische Berichterstattungen gewesen, aber Bürger, die nicht auf solche Bezirksvertretungssitzungen gehen, die haben davon wahrscheinlich nicht so viel erfahren. 00:31:25-5
- 31 **Interviewer:** Sie haben zwei meiner Fragen quasi schon vorweggegriffen, aber ich habe noch eine weitere zum Teilhabeprozess zum ZOB. Es gibt einen Ratsbeschluss der Stadt Dortmund zur Anwendung des §13a BauGB. Ich weiß nicht, ob Sie den kennen, es geht aber letztlich darum, Kriterien aufzustellen, wann diese Bebauungspläne der Innenentwicklung angewendet werden können. Ein Kriterium ist das 'geringe Konfliktpotenzial'. Wenn das gegeben ist, dann sind die Bebauungspläne nach § 13a zulässig, ansonsten nicht. Wie würden Sie das im Nachhinein bewerten. Ist

da ein geringes Konfliktpotenzial gegeben gewesen? 00:32:20-1

- 32 **Befragte/r:** Uns war schon bewusst, dass es ein Konfliktpotenzial gibt, weil eine Fläche in Anspruch genommen wird, die nah an der Nordstadt liegt, wo wir wenig Grün haben. Insofern habe ich schon ein objektives Konfliktpotenzial gesehen. Ich hatte allerdings nicht erwartet und war dann positiv überrascht, dass sich dann doch Bürger gefunden haben, die sich dazu geäußert haben. Ich war davon ausgegangen, vielleicht auch die Stadtplanung, dass das eine recht kleine Grünfläche in der Nähe der Post und des Jobcenters ist, also ziemlich umbaut. Und da hat man ja auch noch nie jemanden spielen oder die Grünfläche nutzen sehen. Und da hat man wahrscheinlich gedacht, wer soll da betroffen sein? Die Betroffenheit hat sich ergeben über die veränderten Verkehrsströme, die befürchtet wurden. Aber ich fand es hochinteressant, dass auch Leute, die nicht direkt da wohnen, diese Fläche als wichtige Grünfläche wahrgenommen haben. Ich sag es mal so. Zum Teil kann ich die Stadtplaner verstehen, dass sie, so wie ich selbst auch, nicht erkannt haben, dass es einen Konflikt mit der Bevölkerung geben kann. Wir sind ja auch eher davon ausgegangen, dass es ein Umweltkonflikt ist, der nicht unbedingt bis in die Bevölkerung hereinschneidet. Aber wenn man die Nordstadt etwas mehr kennen würde, und ich muss zugeben, ich kannte sie nicht genügend, dann hätte man vielleicht auch zu einer anderen Erkenntnis kommen können. Und das bestärkt mich in der Meinung, dass wir mehr Partizipation auf allen Ebenen in der Nordstadt benötigen. Und da kommt ja noch was hinzu, was da mit reinspielt, da habe ich gar keinen Kontakt. Das sind unsere türkisch geprägten Mitbewohner. Zu denen teilweise ja kulturell aber auch sprachliche Barrieren bestehen. Da wird wahrscheinlich sowieso von Seiten der Stadtplanung davon ausgegangen, 'Die werden sich schon nicht äußern. Die haben andere Probleme.' 00:34:54-8
- 33 **Interviewer:** Es ist interessant, dass Sie das ansprechen. Sind Sie der Meinung, dass da dann auch Verfahrensunterschiede gemacht werden müssten. Beispielsweise ist ja die Bevölkerungsstruktur in der Nordstadt schon eine besondere verglichen mit den anderen Stadtbezirken? Beispielsweise wurden die InSEKs ja in allen Stadtteilen aufgestellt. Müssen da ihrer Meinung nach auch Verfahrensunterschiede gemacht werden? Sie sprechen die migrantische Bevölkerung an ... 00:35:32-8
- 34 **Befragte/r:** Ja, ich denke, sofern es sich um Sprachbarrieren handelt – es ist ja jetzt nicht nur im Bereich Partizipation an Stadtplanung, sondern wir können ja auch sonstige soziale Umfeldern benennen, Kindergarten, Schule, Freizeitbetätigungen – da glaube ich schon, dass wir da überlegen müssen, wie wir diese Klientel erreichen, die von Planung betroffen sein könnten. Ich habe da kein Patentrezept. Ich will da nicht so dastehen, als dass ich das wüsste. Ich weiß nicht ob man das realisieren kann, ich bin da zu wenig Experte; aber ich meine wir müssen dazu noch stärker in die Quartiere gehen. Wir müssten vielleicht mal über Interviews an die Sachen ran gehen. Ich glaube, viele Menschen gehen nicht auf Bürgerversammlungen. Das ist ihnen suspekt. Schon gar nicht äußern die sich öffentlich in einer Versammlung. Da sind einfach Ängste auch vorhanden, vor Leuten nicht sprechen zu können. Wir müssen, glaube ich, nochmal andere Wege finden, über Planungswerkstätten, etc., um vielleicht auch Planung erstmal transparent zu machen. Das mag in diesem Raum besonders notwendig sein, da wir es mit Bevölkerungsgruppen zu tun haben, die mit demokratischen und planungsrechtlichen Verfahren nicht vertraut sind. 00:37:05-3
- 35 **Interviewer:** Ist das etwas was Sie generell für die Bauleitplanung anmerken würden? Dass diese Formate, die angeboten werden, in dem Maße nicht nachgefragt werden, wie dies wünschenswert wäre? 00:37:23-4
- 36 **Befragte/r:** Ja, das ist einfach eine Erfahrung. Ich muss allerdings auch sagen, dass die neuen digitalen Medien und die sehr positive Entwicklung, Dinge, die Stadtpolitik und Stadtplanung betreffen, ins Internet zu stellen, schon sehr positiv zu bewerten ist. Ich sage, dass das längst nicht in allen Kommunen der Fall ist. Die technischen Voraussetzungen sind, so glaube ich, besser geworden. Das ändert nichts daran, dass ich den Leuten sagen muss, wo sie was finden. Und ich sag mal allgemein, Quantität von Beteiligung hängt ja auch davon ab, ob ein Bürger oder eine Bürgerin die Erfahrung hat, dass eine Meinung dann auch Eingang findet in Planungsprozesse und -ergebnisse. Wenn ich das nicht habe... ich kenne das aus einer Mitarbeiterbefragung in

einer Behörde. Die Befragung ist durchgeführt, ist ausgewertet und wenn der Mitarbeiter dann das Gefühl hat, das bringt nichts, dann wird er beim nächsten Mal nicht mehr teilnehmen. Das ist ja auch eine Diskussion in der politischen Landschaft, beispielsweise zum Wahlverhalten. 00:38:57-0

- 37 **Interviewer:** Da würden Sie also auch im Sinne einer sozialen Nachhaltigkeit argumentieren? Auch einen anderen Umgang mit Ideen, mit Stellungnahmen, mit Anregungen vorschlagen? Und nicht lediglich das Auftauchen in einer Begründung? Es ist also alles mehr in einen Dialog zu stellen? 00:39:13-3
- 38 **Befragte/r:** Ja, auf jeden Fall. Dialogorientierte Beteiligungsprozesse halte ich für unbedingt erforderlich. Wir dürfen uns nur nicht der Illusion hingeben, dass dann massenhaft Leute kommen und das nutzen wollen. Das würde ich auch ein Stück weit als unrealistisch ansehen. Aber ich glaube, dass wir zumindest die erreichen, die offen sind. Und es kommt ja auch nicht immer auf Quantität an. Ich glaube auch so qualitative Hinweise sind wichtig. Manchmal genügt ja ein Bürger, der mir irgendwo einen Hinweis gibt. Wir kennen das aus *[unserer]* Arbeit auch. Ich gehe vor Ort, spreche einen Passanten oder Hundebesitzer an und dann sagt der mir irgendwelche Dinge, die ich nicht abschätzen konnte. Da muss ich keine umfassende Bürgerbeteiligung haben, wo sich dann Massen äußern. Aber ich glaube, diejenigen, die Interesse und Bereitschaft haben, die sollte ich versuchen zu erreichen. 00:40:07-3
- 39 **Interviewer:** Ich würde gerne auf den letzten Punkt des Setting-Ansatzes zu sprechen kommen, also alles was man mit dem Begriff 'Empowerment' umschreiben kann. Es ist ja eine wichtige Voraussetzung für Teilhabe und Partizipation, dass die Ressourcen und auch eigene Kompetenzen vorhanden sind, um sich einzubringen. Das ist womöglich nicht ganz im Fokus Ihrer Tätigkeit aber vielleicht gibt es ja doch Bezugspunkte. Wenn Sie nochmal an Ihren Aufgabenbereich denken, glauben Sie, dass Sie in der Lage sind auch individuelle Kompetenzen und Ressourcen zu stärken? 00:40:44-2
- 40 **Befragte/r:** Ich sag es mal so; wir haben als *[NGO]* ja auch den Anspruch Umweltpädagogik zu betreiben. Das bezieht sich auch auf die Altersgruppe der Jüngeren im Bereich Schule und Kindertagesstätte, weil da ja die wichtigen Weichenstellungen gesetzt werden. Das machen wir über bestimmte Angebote. Was Planung angeht, ist das etwas schwierig zu initiieren. Aber ich hatte ja vorhin schon gesagt, dass, wenn interessierte Bürger auf uns zukommen, wir sie in Führungszeichen auch 'qualifizieren'. Früher war es dann so, dass wir ihnen die Planunterlagen, die wir im Rahmen der TÖB-Beteiligung bekommen haben, die sie nicht kannten, zur Verfügung gestellt haben. Dass wir ihnen ein paar Handreichungen gegeben haben, was Verfahren betrifft. Dass wir sie mit Argumenten, sprich umweltplanerischen Gutachten und Grundlagen, ausgestattet haben. Insofern haben wir schon was zur Stärkung dieser Betroffenen beigetragen. Ein Beispiel; wir haben jetzt in der Freiwilligenagentur Dortmund, die ein Internetportal unterhält, von uns aus ein Angebot eingestellt, dass sich Interessierte im Bereich Planung und Stellungnahmen zu Planungen beteiligen können. Ich habe immerhin schon eine Rückmeldung erhalten von einem ehemaligen Studenten der Raumplanung, der derzeit ohne Beschäftigung ist. Und wo ich dann sagen kann – da ist es zwar weniger Qualifizierung, aber indirekt schon – dass das theoretisch oder durch Projekte erworbene Wissen auch mal konkret umgesetzt werden kann. Und ich glaube einfach, dass wir da sowohl Fachpersonal rekrutieren und weiterqualifizieren können wie auch den einzelnen Bürger. Das ist aber keine Massenbewegung. 00:43:19-9
- 41 **Interviewer:** Haben Sie da den Eindruck, dass Sie Aufgaben übernehmen, die eigentlich auch die Stadtverwaltung erfüllen könnte? Oder würden Sie sagen, dass das Ihrem fachlichen Wissen geschuldet ist, dass Sie diese Ressourcen und Kompetenzen vermitteln können? Oder kann das auch im Planungsprozess oder im Vorgehen der Stadtverwaltung selber geschehen? 00:43:50-7
- 42 **Befragte/r:** Die Stadt bemüht sich, hat vor ein paar Jahren eine Ombudsfrau eingerichtet für solche Fragen. Die bemühen sich natürlich auch, Bürgermeinungen aufzugreifen und in Veranstaltungen zu Wort kommen zu lassen. Da hat sich auch was positiv entwickelt. Ich sag es mal ein bisschen ketzerisch; da könnte die Stadt mehr tun, aber Kraft ihrer Rolle, wird sie sich immer aus

verständlichen Gründen schwer tun. Die NGOs genießen da teilweise ein größeres Vertrauen, weil sie unabhängiger sind von Politik. Die Stadtverwaltung ist letztlich oftmals ein Erfüllungshelfer von politischer Willensbildung. Das ist ja auch gut so, da haben wir ja noch eine Gewaltenteilung. Aber es zeigt sich immer wieder, auch wenn ich mit Vertretern vom Stadtplanungsamt und anderen Ämtern spreche, dass sie sehr froh sind, dass es die NGOs gibt, dass es *[unsere NGO]* gibt, die den Finger in die Wunde legen kann, was die intern im Verwaltungshandeln und innerhalb politischer Zwänge nicht tun können. Ich glaube, es geht nicht um ein entweder oder. Sondern das wir natürlich Ressourcen in Stadtplanungsämtern und Umweltämtern bereit stellen, damit hier stärker auch mit Bürgern kommuniziert werden kann. Die bemühen sich auch sehr stark. Von Ämtern und Amtspersonen halten manche Bürger aber auch Abstand, weil die das nicht so recht einschätzen können. Also das glaube ich spielt eine Rolle. Von daher finde ich verschiedene Angebote auch gar nicht schlecht, dass man da ein paar verschiedene Wege geht und so auch dem Bürger diese Angebote machen kann. 00:46:13-1

- 43 **Interviewer:** Ich würde jetzt gerne noch ein letztes Mal auf dieses Beispiel des ZOB zu sprechen kommen. Inwiefern glauben Sie, wurden auch in diesem Verfahren individuelle Kompetenzen und Ressourcen gestärkt? 00:46:49-1
- 44 **Befragte/r:** Ich kann das schlecht beurteilen. Ich hatte den Eindruck, dass diejenigen, die das ansprach aktiviert wurden. Und man sieht ja auch heute noch, dass dort ein kleines grünes Denkmal existiert. Es zeigte sich hier, dass vielleicht ein paar Personen doch über dieses Projekt, dieses Vorhaben möglicherweise aktiviert worden sind. Vielleicht sogar ungewollt aus Sicht der Planung. Was man da natürlich mal ermitteln müsste, ist, ob da ein Impuls gesetzt wurde, sich mehr zu engagieren. Ich finde insgesamt bemerkenswert, dass die Stadt, die ja für die Pflege dieser Fläche zuständig ist, dieses Denkmal noch nicht beseitigt hat. Vielleicht steckt dahinter auch ein gewisser Respekt vor dem, was der Bewohner bewirkt. 00:48:06-2
- 45 **Interviewer:** Vielleicht noch ein letzter Punkt, der auch dieses Thema der individuellen Kompetenzen und Ressourcen umfasst. In diesem Bebauungsplan wird die Förderung des passiven Schallschutzes benannt. Das zähle ich zu den individuellen Objektressourcen. Wie würden Sie da die Wirksamkeit, gerade auch vor dem Hintergrund, dass es sich um ein benachteiligtes, migrantisches Quartier handelt, bewerten? 00:48:42-7
- 46 **Befragte/r:** Ich würde mal so sagen, wir haben ja heute allgemein das Problem, dass junge Menschen, aber auch ältere, natürlich zu viel in ihren Wohnungen sitzen. Auch am Arbeitsplatz schon, insgesamt also in Innenräumen. Es ist ja eigentlich aus Sicht der Gesundheit und der Bewegung, auch der sozialen Kontakte, besser mal aus der Wohnung rauszugehen, nach draußen zu gehen. Möglicherweise haben wir bald klimatisch südländische Verhältnisse und werden uns dann evtl. auch zu Herbst und Winterzeit draußen auf eine Bank setzen. Aber wir müssen eigentlich grad in diesem Wohnumfeld dafür sorgen, dass wir grüne Nischen haben, in denen Menschen sich begegnen wollen. Da haben wir natürlich in diesem Umfeld das Dietrich-Keuning-Haus, was sicherlich auch ein Angebot liefert. Aber ich wünschte mir, dass wir auch Begegnungsräume hätten jenseits von den klassischen Kinderspielflächen und total gepflegten Grünflächen. Sondern, dass wir da auch Gehölze haben, wo wir wirklich auch uns wohlfühlen können. Ich will jetzt nicht so weit gehen, wie die Größenordnungen New York und Central Park, aber, ich glaube, wir brauchen auch für unser Erleben, unser Wohlfühlen, unsere Gesundheit, optisch und auch ansonsten angenehme Bereiche mit einer hohen Aufenthaltsqualität, die nicht nur auf dem Westenhellweg stattfindet, Richtung Shopping. Sondern wo wir einfach auch andere Bedürfnisse abdecken können. Und das was vor Jahrzehnten Pantoffelgrün genannt wurde, das fehlt uns eigentlich in der Dortmunder Innenstadt. Innerhalb des Wallrings, aber auch außerhalb. Und da finde ich, hat Stadtplanung in der Vergangenheit zu wenig drauf geachtet. Selbstkritisch gesagt, haben wir uns auch eher mit der freien Landschaft befasst. Aber wir sind zunehmend auf dem Weg. Auch vor dem Hintergrund der Klimaveränderung. Aber auch der Erkenntnis, Wohlfühlen, Gesundheit, Wohlergehen, hängt nicht nur von einer Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten ab, sondern oft auch einem ganz individuellen sozialen Umfeld. Ich möchte einen Punkt noch nennen; das ist das Erlebnis von Kindern in der Stadt. Wir haben ja nicht nur mit dem Problem Mallinckrodtstraße, das ist ja bekannt, ein gefährliches Umfeld im Hinblick auf den Auto- und LKW-Verkehr, sondern

wir haben auch wenige Spielmöglichkeiten für das freie Spiel. Und ich wünschte mir, dass wir dort, in dem Rahmen wie es geht, nicht nur gestaltete Umwelt haben, sondern auch Umwelt, in der man kreativ agieren kann. Ich selbst komme aus dem ländlichen Raum, diese Problematik hatte ich gottseidank nicht. Aber wir wollen ja auch, dass die Qualität und Bedeutung von Umwelt und Natur weitergetragen wird. 00:52:23-9

- 47 **Interviewer:** Ich finde, das wäre eigentlich schon ein ganz gutes Schlusswort gewesen. Der Vollständigkeit halber hätte ich aber doch noch eine kurze letzte Frage. Sie hatten es eben kurz erwähnt. Der ZOB ist ja jetzt als temporäre Maßnahme deklariert. Würden Sie sagen, mit diesem Wissen ist es in gesamtstädtischer Perspektive eine akzeptable Lösung, oder würden Sie sagen, die Befürchtung, dass es eine dauerhafte Lösung wird ist eigentlich zu groß. 00:52:58-6

- 48 **Befragte/r:** Wir müssen noch eine Planung mit einbeziehen, die wir ja in einer bestimmten Weise immer mit einfordern. Das ist eine bessere Verknüpfung am Bahnhof, zwischen DB und der Stadtbahn. Das wird ja, wie man hört und liest, ab 2017 geschehen, indem man am Nordausgang eine Verbindung schafft. Das wird sicherlich, ich kenne die genauen Planungen nicht, auch dazu führen, dass wir das weiter nach Norden ausdehnen müssen. Ich weiß es nicht, ob das dazu führt, dass dann gesagt wird, der Raum, der jetzt für den Omnibusbahnhof genutzt wird, wird zu klein und wir müssen aus diesen Gründen das dort nochmal neu überdenken. Ich glaube aber nicht, dass der Umweltaspekt und der Aspekt der Umweltqualität, des Grüns und des sozialen Umfeldes hier eine große Rolle spielen wird. Ich glaube eher, dass man vielleicht bei der Umgestaltung des Gesamtumfeldes des Nordausgangs nochmal an die Umgestaltung geht. Ich hoffe natürlich, dass man bei der Gelegenheit auch nochmal den Aspekt des Grüns in den Fokus nimmt. 00:54:28-1

- 49 **Interviewer:** Prima. Dann vielen Dank